

Prof. Dr. Ralph Weber

Rostock/Greifswald, den 2. Juli 2010

Erklärung

Da der Bericht über meine angeblichen politischen Ziele in der OZ vom 30. Juni 2010 ausdrücklich bewusst und gewollt die Verbindung zwischen einem privaten politischen Vertrag meinerseits und meiner beruflichen Tätigkeit als Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zu Greifswald herstellt und schon die Überschrift dies in einem scheinbar gelungenen Wortspiel verwendet

„Rechts-Professor auf extrem rechten Wegen“

sehe ich mich veranlasst, die zu diesem Bericht notwendigen Klar- und Richtigstellungen nicht nur auf privatem Weg, sondern eben auch auf meiner Lehrstuhlseite der Fakultät bekanntzumachen, um Schaden von meiner Person und der RSF-Fakultät abzuwenden. Dies gilt umso mehr, als in Stellungnahmen der Innenminister dieses Bundeslandes und der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion die angeblichen Äußerungen bewusst auch auf meine berufliche Tätigkeit bezogen und Konsequenzen gefordert haben.

Prof. Dr. Ralph Weber
Weberstr. 14
18069 Rostock

An die
Redaktion der OZ
Richard-Wagner-Straße 1a
18055 Rostock

2. Juli 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
geehrte C. Schönebeck und G. Kleine-Wördemann,

Ihr Artikel über meine angeblichen Vorhaben und politischen Ziele in der OZ vom 30. Juni 2010 ist in nahezu allen Punkten mindestens ungenau und bewusst irreführend, in wesentlichen Punkten sogar schlicht falsch. Mit journalistischer Recherche und gewissenhafter, der Wahrheit verpflichteten Berichterstattung hat dieser Beitrag nichts mehr zu tun. Insoweit reiht sich Ihr Beitrag vom 30. Juni 2010 in eine ganze Reihe von gezielten und gesteuerten Fehlpublikationen ein, die immer dann zu Tage treten, wenn sich Personen öffentlich zu konservativen Zielen und einer Politik „Rechts der Mitte“ bekennen. Sofort wird man auf den Eilzug ins rechtsextreme Lager gesetzt und diese Reise mit bewussten Falschmeldungen begleitet. Dies gilt inzwischen nicht nur für VIP's oder Personen der Medienöffentlichkeit, sondern bezieht jetzt auch ganz normale Bürger wie einen Rechtslehrer an der Universität zu Greifswald (Rostock) mit ein. Political Correctness gilt nur für Ansichten von ganz links, welche extremistischen Positionen dort auch immer zusammenkommen, bis zur politischen Mitte, die zugleich auch den äußersten Rand dessen bildet, was noch toleriert wird. Rechts der Mitte dagegen wird man zum Freiwild von Fehlberichterstattungen und Ehrverletzungen übelster Art, ja selbst tätlichen Angriffen sieht man sich heute ausgesetzt. Demokratie sieht anders aus.

Besonders beklagenswert ist dabei die völlige Ausblendung, ja Verneinung des wesentlichen Unterschiedes von rechten, d.h. konservativ-christlichen und patriotischen Standpunkten zu denjenigen, die man als rechtsextrem bezeichnen muss. Rechts und Rechtsextrem werden stattdessen in völliger politischer Verblendung zu Unrecht gleichgesetzt und konservative Standpunkte mit der „Faschismuskeule“ zerschlagen. Politische Standpunkte, die früher von namhaften Ministerpräsidenten der CDU wie Alfred Dregger, Franz-Josef Strauß oder Hans-Karl Filbinger sowie dem Altbundespräsidenten Karl Carstens vertreten wurden und das poli-

tische Erscheinungsbild der CDU prägten, werden heute bereits als Rechts = Rechtsextrem bezeichnet und durch die Antifa geschulten Linken bekämpft und mit undemokratischen Mitteln behindert. „Rechts“ gehört scheinbar nicht mehr in das demokratie-geduldete politische System. Linksextrem hingegen wird ohne Aufbegehren akzeptiert. Eine sehr gefährliche Asymetrie! Wer rechts der Mitte denkt, wandert in den Augen der OZ damit schon auf „extrem rechten Wegen“. Das darf nicht sein und hiergegen wehre ich mich mit vielen anderen Parteifreunden in der CDU. Es ist daran zu erinnern, dass dieser Versuch, den Linksrutsch der CDU zu stoppen, von konservativ-christlich-patriotischen Menschen getragen wird, die im Gegensatz zu vielen Mitgliedern der Linkspartei fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Gerade deshalb ist die folgende Gegendarstellung für mich besonders wichtig. Ich erwarte deren ungekürzten Abdruck und sehe mich ansonsten zu gerichtlichen Schritten gezwungen.

Gegendarstellung

Der Bericht in der OZ vom 30. Juni 2010 über mich als „Rechts-Professor auf extrem rechten Wegen“ beinhaltet wenig über den Anlass der Berichterstattung, also meinen Vortrag vor der VDSt in Greifswald, dagegen sehr viele Unterstellungen und bewusste Unrichtigkeiten, die mit dem Anlass der Berichterstattung, also meinem Vortrag nichts zu tun haben. So etwas geschieht, wenn man nicht über Selbstgehörtes berichtet, sondern „vom Hören-Sagen“ weitergibt, was interessierte Kreise angeblich vernommen haben wollen.

Im Einzelnen:

1. Bereits die Untertitelung ist falsch. Ich möchte keine Partei nach dem Vorbild von Jörg Haider's FPÖ gründen, sondern zusammen mit vielen anderen Parteifreunden den Weg der CDU in die linke Mitte beenden und konservative sowie christliche Leitbilder in der CDU wieder zum normalen Erscheinungsbild machen. Bewegungen wie der Berliner Arbeitskreis engagierter Katholiken in der CDU sowie die bundesweite Kampagne „Stoppt den Linksruck“ begleiten diese Anstrengungen und finden in der Basis-CDU viel Zuspruch! Nur für den Fall, dass die CDU ihren Irrweg nach Links nicht stoppt und konservative wie christliche Positionen weiterhin preisgibt, ist – nicht als Ziel, sondern als Notweg – eine solche Parteigründung für die Zukunft nicht auszuschließen.

2. Die Benennung der Gruppe innerhalb der CDU Mecklenburg-Vorpommern, deren Sprecher zu sein ich die Ehre habe, lautet „Gemeinschaft konservativ-sozialer Christdemokraten“,

nicht – konservativ-nationaler Christdemokraten! Letzteres aber passt der OZ eben besser ins Bild (Gründungsurkunde liegt bei).

3. Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der NPD oder DVU habe ich gerade das Gegenteil dessen ausgeführt, was die OZ wiedergibt. Das kann angesichts einer Vortragszeit von mindestens 15 Minuten zu dieser Problematik auch kein Irrtum mehr sein, dahinter steckt die Absicht zu verunglimpfen.

Deshalb nochmals deutlich: Eine Zusammenarbeit mit der NPD als Partei oder denjenigen in der NPD, die die nachfolgenden 3 Ziele nicht vorbehaltlos anerkennen, kann nicht in Betracht kommen.

- Absage an jede Form von Gewalt in der Politik**
- keine Verherrlichung der Zeit von 1933–1945 und keine Leugnung des Holocaust**
- Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten**

Wer dem nicht folgt, kann niemals Partner einer konservativ-sozialen Bewegung sein. Platz aber muss sein für jene „Suchenden“, die ihre politische Heimat noch nicht gefunden haben und sich auf diesem Weg der Suche auch zu NPD oder DVU verirrt haben, ohne dort ihren Platz zu finden.

Mit diesen wesentlichen Richtigstellungen sind zwar noch längst nicht alle offenbaren Unrichtigkeiten und bewussten Verzerrungen des Berichts über meine angeblichen politischen Ziele in der OZ angesprochen, aber aus Zeit- und Raumgründen soll es damit sein Bewenden haben – es waren dies die mir wichtigsten Richtigstellungen.

In der noch nicht ganz untergegangenen Hoffnung auf fairen Umgang auch mit Konservativen bitte ich um Abdruck von Brief und Gegendarstellung; Letztere müsste ich sonst gerichtlich erzwingen.

Hochachtungsvoll